

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates TTE (Energie) am 19. Dezember 2022 in Brüssel

Am 19.12.2022 fand mit dem Rat TTE (Energie) die siebte formelle Tagung der Energieminister:innen unter tschechischem (CZ) Vorsitz (VS) statt. Den Vorsitz führte Jozef Síkela, CZ Minister für Industrie und Handel. Die österreichische Delegation wurde von FBM Leonore Gewessler geleitet. Die Europäische Kommission (EK) war durch Kommissarin Kadri Simson (Energie) vertreten.

Nachdem bei der ao. Ratstagung am 13.12. keine Einigung über die *Verordnung des Rates zur Einführung eines Marktkorrekturmechanismus zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft vor überhöhten Preisen (MKM-VO)* erzielt werden konnte, wurde der Text beim Rat am 19.12 erneut behandelt. Nach intensiven Verhandlungen gelang es, eine Einigung zu erzielen. Mit der Einigung konnten auch die *Verordnung des Rates zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien (Permitting-VO)* im Anschluss im Rahmen eines schriftl. Verfahrens sowie die *Verordnung des Rates über mehr Solidarität durch eine bessere Koordinierung der Gasbeschaffung, den grenzüberschreitenden Austausch von Gas und zuverlässige Preis-Referenzwerte (Solidaritäts-VO)* als A-Punkte angenommen werden.

Die Verhandlungen zur MKM-VO fokussierten auf die Höhe der Preisobergrenze, welche letztlich bei 180 EUR festgelegt wurde, und die Frage des Anwendungsbereichs. AT unterstrich, dass man nun drei Notfallverordnungen vorliegen habe, die Europa in der Krise und gegen exzessive Preise helfen würden. Man habe sich in den Verhandlungen kompromissbereit gezeigt und unterstützte auch ausdrücklich die Maßnahmen gegen Preisausschläge am Gasmarkt, könne aber einer Ausweitung des Anwendungsbereichs auf die anderen EU-Hubs nur nach erfolgtem fachlichem Review als „opt-in“ zustimmen.

Eine Reihe von Mitgliedstaaten drängte erfolgreich auf eine unmittelbare Einbeziehung aller europäischer Gashandelsplätze in den Anwendungsbereich („opt-out“). Einige Mitgliedstaaten, darunter AT, kritisierten diese Ausweitung des Anwendungsbereichs, weil sie nicht abschätzbare Risiken für die Versorgungssicherheit bedeuten würde. Letztlich stimmte nur Ungarn dagegen. AT enthielten sich mit den Niederlanden der Stimme, weil es nicht ausreichend möglich war, die kurzfristig aufgenommenen Textbausteine hinsichtlich ihrer möglichen negativen Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit zu prüfen.

Betreffend das sog. *Gaspaket* wurden ein Fortschrittsbericht sowie das REV 3 vorgelegt, welches die Ergebnisse des Rates TTE (Energie) vom 25.10. widerspiegelt. Die Minister:innen hielten einen Austausch zum Fortschrittsbericht und der Vorsitz schlussfolgerte, dass der Rat den Bericht zur Kenntnis genommen habe. AT erklärte in diesem Zusammenhang, dass der Entwurf für das sog. *Gaspaket* vor dem Russischem Angriffskrieg in der Ukraine (UA) vorgelegt wurde und dass man aufgrund dessen nicht nur das transportierte Gas dekarbonisieren müsste, sondern vor allem den Verbrauch von Gas reduzieren und in vielen Anwendungen Gas durch Strom ersetzen müsste. Dies würde Kosten verursachen und diese müssten auch in den Netzkosten abbildbar sein. AT sprach sich außerdem gegen den Art. 8a (Kohlenstoffarme Kraftstoffe) aus und betonte, dass die dazu bereits im AstV sowie von der EK geäußerten Bedenken im Fortschrittsbericht ergänzt werden müssten. Die EK betonte weiterhin die Bedeutung eines guten Regelungsrahmens für die Entflechtung und die Frage der Marktreife der Wasserstoffmärkte und äußerte Vorbehalte bezüglich Art. 8a (Kohlenstoffarme Kraftstoffe).

Des Weiteren nahmen die Minister:innen den Text für eine Allgemeine Ausrichtung (AA) bezüglich der *Verordnung über die Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor (Methan-VO)* an. AT erklärte, dass die VO schnelle Gewinne für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit bringe, die rasch umgesetzt werden sollten. AT hätte sich allerdings mehr Ambition gewünscht. Bezüglich der Schwellenwerte in Art. 14 sende man kein sehr ambitioniertes Signal für den Klimaschutz, auch nicht an die internationalen Partner. Daher müsse man diesen Teil im Trilog nochmals überprüfen und ambitioniertere Schwellenwerte vorsehen. Auch die EK äußerte sich kritisch gegenüber dem Ambitionsniveau bzgl. der Feststellung von Lecks sowie deren Reparatur, der Frage der inaktiven Bohrlöcher, sowie der Bestimmungen zur Entlüftung und zum Abfackeln. Trotz der Bedenken zeigte sich die EK aber dankbar für die Annahme der AA und sprach sich dafür aus, den Text in den Trilog weiter entwickeln zu wollen.

Die Mitgliedstaaten diskutierten auch über den Entwurf für eine AA bezüglich der *REPowerEU-RL (Richtlinie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden sowie der Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz)*. Mehrere Mitgliedstaaten, darunter AT, forderten auch vor dem Hintergrund des Ukraine Konflikts und entsprechenden Unsicherheiten bei der Versorgung mit fossilen Energieträgern ein ambitionierteres Gesamtziel von 45 %. AT erklärte, dass dieses Paket als direkte Sofortmaßnahme gegen die noch viel zu hohe fossile Abhängigkeit von der Russischen Föderation vorgelegt worden sei. Man habe eine ambitionierte Beschleunigung der Verfahren beschlossen, müsse aber auch eine Erhöhung der Zielambition wie im Kommissionsvorschlag auf 45 % erreichen. Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützte jedoch den vorliegenden Text mit 40 %.

Auch die EK wiederholte ihre Forderung nach einem höheren Gesamtziel (45%) und betonte die Zusammenarbeit im Rahmen der Trilogie. Die EK betone auch nochmals, dass der EK-Vorschlag Biomasseanlagen aus den "go-to"-Gebieten ausgeschlossen hatte, da diese bereits überall gebaut werden könnten. Man hätte lieber ehrgeizige Fristen für die Kartierung und die Ausweisung der "go-to"-Gebiete gehabt.

Der Rat wurde weiters über die Fortschritte bei den Trilogverhandlungen zur RED und EED unterrichtet. Der VS lieferte zudem einen Rückblick auf die im November in Prag abgehaltenen Veranstaltungen (SET Plan Konferenz und Europäisches Nuklearenergieforum). Des Weiteren informierte die EK über die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Energieaußenbeziehungen und über die geplante Reform des Strommarktdesigns (geplant für 03.2023). Ungarn ging auf Fragen der Versorgungssicherheit im Zusammenhang mit der Öl-Pipeline Janaf ein. Luxemburg ersuchte die EK, kurzfristige Maßnahmen zu ergreifen, um den Energieverbrauch von Rechenzentren zu senken.

Schweden (SE) gab letztlich einen Ausblick über die vier Schwerpunkte unter SE VS: 1) Unterstützung der UA und Bekämpfung der Energiekrise, 2) Energiewende vorantreiben und Klimawandel bekämpfen, 3) Ausbau der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und 4) die Werte der EU aufrechterhalten.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

27 Jänner 2023

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin